

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

21.9.1923 (No. 219)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 933  
und 954  
Postkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Mend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert für 17.—22. September 2 400 000 M. — Einzelnummer 400 000 M. — Aufzugesgebühr: 50 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite.  
Schlusszahl heute 12 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauffester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.  
Kundliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Heinrich-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung wird die Rechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung wird die Rechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung wird die Rechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet.  
Anzeigen werden in der Zeitung veröffentlicht, falls die Zeitung verpöbnet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluss erfolgen.

### \* Poincaré

Die deutsche Öffentlichkeit begehrt schon seit Monaten den Fehler, daß sie gerade den Mann, von dessen Entscheidungen heute unser eigenes Geschick zum größten Teile abhängt, völlig falsch beurteilt. Man braucht nur irgend eine deutsche Zeitung aufzuschlagen und irgend einen Artikel zu lesen, der sich mit der französischen Politik und demgemäß auch mit Poincaré beschäftigt, und man wird auf Charakteristiken stoßen, die entweder völlig unrichtig sind oder eine geradezu kindlich-naive Gedanken-einstellung des Verfassers verraten. So hat sich das deutsche Volk langsam daran gewöhnt, in Herrn Poincaré einen eifernen Handschuh oder einen eigensinnigen und rassistischen Advokaten zu erblicken, der von der Staats-politik eigentlich nichts versteht und Frankreich ganz sicher in den Abgrund reißt.

Auch hier gilt es für uns, endlich zur Klarheit oder doch zu einer zutreffenderen Einschätzung zu gelangen. Zunächst muß doch wohl heute die eine Tatsache auffallen, daß Poincaré mit allen seinen bisherigen Maßnahmen vollen Erfolg gehabt hat. Gewiß hat er, wie jeder Staatsmann der Geschichte, diese Erfolge auch mit gewissen Opfern bezahlen müssen. Aber mir meinen, daß diese Opfer, was Frankreich betrifft, lächerlich klein sind im Hinblick auf den Erreichten.

Poincaré hat, solange er Ministerpräsident ist, französische Politik betrieben. Zugegeben: diese Politik war roh und brutal, habgierig und eigennützig, unmoralisch und ungerecht, — aber sie hat Frankreich gerettet und ihm eine beneidenswert glänzende Machtstellung verschafft. Mehr kann kein Volk von seinem führenden Staatsmann verlangen. Deutschland ist allerdings unter den Schritten dieser erfolgreichen Politik ohnmächtig zu Boden gesunken. Wir können deshalb Herrn Poincaré aus tiefstem Herzensgrund danken und hoffen, aber verachten oder gar lächerlich machen dürfen wir ihn nicht. Er zählt ganz sicherlich zu den gefährlichsten Gegnern, die Deutschland je gehabt hat, solange es eine deutsche Geschichte gibt. Und klüger und ehrwürdiger für uns wäre es jedenfalls, wenn wir uns dieser Tatsache nicht länger verschließen und ihn so beurteilen wollten, wie er es faktisch verdient.

Der Sieger, der abenaufsteigt, mißt die Dinge allemal nach einer andern Moral, wie der Besiegte, der unten liegt. Für den Sieger ist, falls er nicht ein unpraktischer Träumer sein sollte, die Befestigung und Erhaltung des Sieges selbstverständlich, und daraus resultiert dann meist eine Politik, die nicht gerade mit Glacéhandschuhen arbeitet. (Wenn Bismarck nach 1871 den Franzosen entgegenkam, so war das eben eine politische Dummheit — oder eine Notwendigkeit, ein Zwang — die sich aus der allgemeinen weltpolitischen Lage ergab. Dieser Zwang besteht für Frankreich nicht.) Für den Besiegten dagegen gilt eine andere Moral, die Moral der Menschlichkeit, der Barmherzigkeit und der Veröhnung. Denn von dieser Moral und ihrer Befolgung kann er allein ein Wiederaufkommen erhoffen.

Vom deutschen Standpunkt aus gesehen, präsentieren sich also die Dinge grundsätzlich anders, als vom französischen Standpunkt aus. Wer soll entscheiden, welcher Standpunkt der „richtige“ ist? Eine Instanz dafür gibt es nicht. Und wir beobachten denn ja auch, daß die Welt, obwohl sie vielfach die französische Politik mißbilligt, doch gar nicht daran denkt, ihr in den Arm zu fallen, erstens, weil ja die eigenen Interessen nicht unmittelbar bedroht werden, und zweitens, weil sich neben denen, die Frankreich verurteilen, auch so und so viele finden, die die französische Politik durchaus verstehen und ihr sogar Beifall spenden.

Frankreich genießt ganz zweifellos heute nicht mehr das selbe moralische Vertrauen in der Welt, dessen es sich am Ende des Weltkrieges schmeicheln durfte. Man hat längst eingeschaut, daß die schönen französischen Sprüche von der „Verteidigung der bedrohten Kultur“, von der „Begründung des wahren Friedens“, von der „idealen Menschlichkeit der politischen Ziele Frankreichs“ eitel Gerede sind. Aber zur gleichen Zeit ist die Hochachtung vor der konsequenten Politik Frankreichs und vor seiner Machtposition so sehr gestiegen, daß jener Misfall an moralischem Kredit mehr als ausgeglichen wird.

Vor kurzem hat ein großes Pariser Blatt — wenn nicht irren, war es „Journal des Débats“ — eine Untersuchung über die Frage angestellt, warum eigentlich Poincaré heute das französische Volk in seiner er-

drückenden Mehrheit hinter sich habe, obwohl er persönlich keineswegs beliebt sei. Diese persönliche Unbeliebtheit wurde sehr drastisch geschildert. Poincaré hat keine Freunde, auch seine Ministerkollegen und Beamten mögen ihn nicht leiden, und populär (was man eben so unter Popularität versteht) ist er schon gar nicht. Und doch folgt ihm das französische Volk mit unbeirrbarer Treue. Warum? Weil es die Überzeugung gewonnen hat, daß die Interessen des Landes von niemandem besser, zielbewußter und energischer vertreten werden können, als von Poincaré.

Es hat also einstweilen gar keinen Zweck, auf eine Uneinigkeit innerhalb des französischen Volkes zu hoffen. Wenn es sich um die deutsche Frage handelt, wird Poincaré gerade mit seiner Politik immer wieder 95 Prozent des französischen Volkes auf seiner Seite haben. Zumal jetzt, wo die Bevölkerung sieht, daß auch England sich im wesentlichen der Politik des französischen Ministerpräsidenten anpaßt.

Einen Mann, der derartige Erfolge aufweisen kann, sollte man nicht als halben Narren, als Monomanen des verbohrteten Eigensinns, als Sklaven der Formeln und Paragraphen hinstellen. Seine Monomanie des Eigensinns und seine sogenannten Formeln und Paragraphen haben ihm und seinem Volke ein paar sehr schöne Geschäfte eingetragen, was aber vollends ruiniert.

### Nach den Besprechungen

Der englische Premierminister Baldwin reist heute nach London zurück. Donnerstag nachmittag stattete er, nach seiner Rückkehr vom Besuch des Präsidenten der Republik, Willerand, Poincaré einen zweiten kurzen Besuch ab. Nach französischen offiziellen Mitteilungen ist es nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Verhandlungen zwischen den beiden Staatsmännern, eventuell in London stattfinden. Poincaré hat Pariser Pressevertretern erklärt, daß über das Ergebnis der Besprechungen völlige Stillschweigen vereinbart sei. Die Meldungen der Pariser und Londoner Presse widersprechen sich teilweise.

Nach dem „Petit Parisien“ machte Baldwin keineswegs einen Hehl daraus, daß er nicht glaube, daß durch die Ruhrbesetzung Geld aus Deutschland herausgezogen werden könne, und daß diese Besetzung rasch ihren militärischen Charakter verlieren müsse. Freilich wünschte er, daß die Besetzung, ob sie zivil oder militärisch sei, in Kürze ein Ende finde. Da er befürchtete, daß sie auf das innere Gleichgewicht Deutschlands zerstörend wirke, Poincaré seinerseits sei nicht der Mann, der wiederholt ausgebrochene Erklärungen zurücknehme. Man könne in folge dessen damit rechnen, daß er Baldwin zu verstehen gegeben habe, daß Frankreich nicht mit Deutschland verhandeln werde, solange der passive Widerstand andauere. Diese beiden sich widersprechenden Auffassungen habe die Unterredung nicht aus der Welt schaffen können. Trotzdem sei ein unmittelbares bevorstehendes Ereignis im Begriff, diese Aussprache zum Teil überflüssig zu machen. Wenn der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgehört habe, wie das mit oder ohne Zustimmung von Berlin sich ereignen könne, dann würde die Lage völlig geändert sein. Das „Echo“ betont, daß die beiden Unterredungen, streng geheim gehalten werden, und daß die ausgetauschten Gedanken nur in abstrakten und nicht in einzelne gehenden Wendungen bezügnet werden können. England betone sein Recht, an den Verhandlungen, die kommen sollen, teilzunehmen. Es scheint nicht, daß dies französischerseits angefochten werde. Es sei sogar wahrscheinlich, daß mit französischer Zustimmung eine interalliierte Konferenz zusammenkomme, vorausgesetzt, daß eine ernste diplomatische Vorbereitung vorher stattgefunden habe. Wenn diese Vorbereitung gelinge, bestete kein Hindernis.

Wie sehr die Ansichten in London auseinandergehen, tritt in den Überschriften zutage, unter denen a. B. „Daily Express“ und „Daily Mail“ ihre Meldungen über die Konferenz veröffentlichten. Während „Daily Express“ in Feldbrand verkündet: Die Premierminister können keine Übereinkunft erzielen. Eine Sonderaktion der nächste Schritt, teilt die „Daily Mail“ in nicht weniger sensationeller Weise ihren Lesern mit: England und Frankreich sind wieder Freunde. Maßgebende Blätter wie die „Times“ und der „Daily Telegraph“ üben bei der Beurteilung der Ergebnisse der Pariser Erörterungen große Zurückhaltung und betonen, daß bei der bekannten Stellungnahme der beiden Regierungen in der Reparationsfrage wahrscheinlich noch eine Strecke zurückgelegt werden müsse, um die Standpunkte einander zu nähern.

Die offiziellen Londoner Blätter begnügen sich mit der Feststellung, zwischen den Alliierten seien lebendige Beziehungen wieder aufgenommen worden. Unstimmigkeiten beständen nur noch über die Methoden. Was das in Wirklichkeit bedeute, würden die Besprechungen über die Ruhrfrage demnächst zeigen, an denen die englische Diplomatie teilzunehmen einschloffen sei. Daß dies notwendig ist, erkennt auch der „Manchester Guardian“ an, der aber warnt, die Alliierten seien der Situation anzuerkennen, oder Deutschland unerträgliches aufzubürden. Das Blatt selbst ist skeptisch, ob Baldwin imstande sein wird, diese Voraussetzungen zu erfüllen.

### Die Auffassung in Berlin

Eine Berliner Korrespondenz der „Frankf. Zig.“ zieht aus den widerprechenden Pariser und Londoner Pressestimmen folgendes Fazit:

Poincaré scheint den britischen Premierminister davon überzeugt zu haben, daß der passive Widerstand im Ruhr- und Rheingebiet, sei es durch formellen deutschen Verzicht, sei es ohne ihn, bald zu Ende gehen werde, und scheint sich mit ihm über das, was danach geschehen soll, über eine engere Zusammenarbeit als bisher gegenüber Deutschland verständigt zu haben. Dies würde bedeuten, daß Paris für die Liquidierung des Ruhrkonflikts im eigentlichen Sinne ziemlich freie Hand erhalte, um dafür bei den danach folgenden Verhandlungen London wieder den ihm gebührenden Einfluß einzuräumen. Ob es Baldwin gelungen ist, Poincaré zu einer bescheidenen Toleranz in der Frage des passiven Widerstandes zu bestimmen, ist äußerst fraglich. Es ist — im Gegensatz zu allerlei Gerüchten — heute so wenig wie gestern ein Anzeichen dafür zu sehen, daß Poincaré die Forderung der bedingungslosen Aufgabe dieses Widerstandes vor dem Beginn jeder Verhandlung zu mildern geneigt sei. Man weiß, daß ihm in dieser Forderung die belgische Regierung auf Grund älterer Bindungen grundsätzlich zustimmt, daß sich aber Brüssel zugleich bemüht, ihn zu einem Entgegenkommen in dem Sinne zu bestimmen, daß der deutschen Regierung der zu fassende Entschluß nicht aufs äußerste erschwert oder gar unmöglich gemacht werde.

Über die Auffassung der Situation in Berlin will das Blatt folgendes wissen:

In dem Sabas-Kommunique über die Pariser Besprechungen zwischen Baldwin und Poincaré wird die Bereitschaft Frankreichs stark betont, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen, sofern die Verordnungen über den passiven Widerstand aufgehoben würden. Daß die Reichsregierung zu diesem Schritt im Prinzip bereit ist, muß in Paris bekannt sein, ebenso aber auch, daß damit nicht von selbst schon das normale Leben im besetzten Gebiet zu laufen beginnen kann. Die französische Regierung muß aus den ihr übermittelten Eröffnungen wissen, daß die Reichsregierung alles tun will, was in ihrer Macht steht, um die endgültigen Reparationsverhandlungen zu erleichtern und so schnell wie möglich die wirtschaftliche Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Da Frankreich das Gebiet nicht räumen will, bevor es effektive Zahlungen erhalten hat, will Deutschland mit Zahlungen in Goldwert sofort beginnen, wenn es die Zufuhr von Rohstoffen hat, daß dadurch die Räumung des Ruhrgebietes erreicht wird. Man glaubt allerdings in Berlin, daß weder eine Befreiung des Ruhrgebietes noch eine Wiederaufnahme seiner wirtschaftlichen Funktionen objektiv möglich ist, solange nicht die Regierung amnestiert und die Ausgewiesenen zurückgeführt sind und solange nicht die Verwaltung wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das wirtschaftliche Wiederaufleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die Freiheit der Arbeit gewährleistet und der freie Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet gesichert ist.

Verschiedene Blätter berichten über ein Ultimatum, das die Gewerkschaften wegen sofortiger Einstellung des passiven Widerstandes an den Reichsminister Dr. Stresemann gerichtet hätten. Von gewerkschaftlicher Seite wird hierzu erklärt, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehre und offenbar nur den Zweck verfolge, eine neue Dolchstoßlegende vorzubereiten. Es hätten wohl Verhandlungen zwischen dem Kanzler und den Gewerkschaften stattgefunden. In diesen sei jedoch von den Gewerkschaften unter Hinweis auf den Ernst der Lage lediglich angebeutet worden, daß auf eine möglichst baldige Beilegung des Ruhrkonfliktes hingearbeitet werden müsse. Von einem Ultimatum könne keine Rede sein.

### Der Völkerbund verfährt weiter

Nach einer Meldung aus Genf zog nach Rücksprache mit dem französischen Delegierten Kanotau und den belgischen Delegierten Baron Dehens Straloff (Südafrika) in der Sitzung des zweiten Auswahles (Techn. Organisation) seinen Antrag zurück betreffend den der Versammlung vorzuliegenden Entwurf einer Entschlieung über die Reparationsfrage. Diese Entschlieung sollte in Anlehnung an die Rede Nishis bei Eröffnung der Völkerbundversammlung angefaßt der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten der Hoffnung auf baldige Regelung der Reparation Ausdruck verleihen. Straloff begründete den Verzicht auf den Antrag damit, daß die Debatte über die Reparationsfrage die Lage verschärfen und die Lösung erschweren könne. Alle alliierten Redner, in erster Linie Kanotau, Wataci (Japan) und die Delegierten Belgiens, Italiens, Polens und Rumäniens sprachen ihre Zustimmung über die Zurückziehung des Antrages aus. Auch der englische Vertreter erklärte sich mit der Zurückziehung einverstanden, bemerkte jedoch, daß dies nicht dahin ausgelegt werden dürfe, als sei der Völkerbund für diese Fragen nicht zuständig. Ador (Schweiz) sowie die Vertreter Schwedens und Hollands, letzterer mit Worten schärfster Anerkennung für Kanotau, erklärten sich ebenfalls mit dem Verzicht auf die Entschlieung einverstanden. Nur Runch (Dänemark) wies lebhaft daraufhin, daß die öffentliche Meinung nicht verstehen würde, wenn der Völkerbund die wichtigste aller Fragen von seinen Beratungen ausschließen würde, und sich nicht einmal mit ihnen, sondern nur mit kleinen Fragen befaße. Der Bericht über die Tätigkeit des Finanzkomitees wurde darauf einstimmig in seiner ursprünglichen Form angenommen, die immerhin den Hinweis enthält, daß erst nach Lösung der Reparationsfrage das Finanzkomitee voll seine Aufgabe erfüllen könne.

# Politische Neuigkeiten

## Einberufung des Reichstags

Der Reichspräsident hat den Reichstag nunmehr für den 26. September einberufen. Man nimmt an, daß der Reichspräsident an einem der ersten Tage der neuen Sitzungsperiode das Wort zu einer Regierungserklärung nehmen wird, da bis dahin vermutlich über die weitere Entwicklung des Ruhr- und Reparationskonfliktes einige Klarheit gewonnen sein dürfte.

Wie die Berliner Blätter melden, hatten der Reichspräsident Dr. Stresemann und der Reichstagspräsident Loebe Donnerstag nachmittag eine Besprechung über den Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen. Der in Aussicht genommene Termin des 26. September soll beibehalten werden. Die erste Reichstagsitzung wird zur Beratung des Gehaltszahlungsmobus in Beamtentum verwendet werden. Die außenpolitische Aussprache soll jedoch nicht im Plenum, sondern im auswärtigen Ausschuss stattfinden. Wenn der Ausschuss zusammengetreten wird, soll in der ersten Sitzung des Rates entschieden werden. Ob sich später auch noch das Plenum des Reichstags mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen wird, steht noch nicht fest.

## Die Opposition der Deutschnationalen

Die vereinigten deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Reichstages sowie Vertreter der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) veröffentlichten eine Erklärung, in der scharfer Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann eingeschlagene Politik erhoben wird, die offensichtlich eine Verständigung um jeden Preis mit dem haßerfüllten und unversöhnlichen Frankreich anstrebt, die aber nur zu einer Kapitulation führen könne. Das Ergebnis von Verhandlungen auf der Basis der Preisgabe des Widerstandes an Rhein und an der Ruhr könnte nur der Raub dieser Gebiete unter dem durch eine neue deutsche Unterschrift herbeigeführten Schein des Rechts und neue unerfüllbare Forderungen sein. Die Deutschnationale Volkspartei lehne die Verantwortung für jede Politik der Schwäche ab und erkläre feierlich, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen werde.

Zu dieser Erklärung schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“, der Pressebeirat der Deutschen Volkspartei, u. a. folgendes: Die deutschnationale Erklärung wendet sich an das deutsche Volk und fordert es zu schicksalsharteren Entscheidungen auf. Eine das deutsche Volk sich zu Schritten entschließt, die für seine Zukunft schicksalhaft entscheidend sind, hat es wohl das Recht zu fragen, ob die Verfasser der in Frage kommenden Erklärung sich selbst zu völliger Klarheit durchgerungen haben über die Dinge, die hier als Voraussetzungen und mögliche Folgen sorgfältig geprüft werden müssen. Das deutsche Volk kann und muß Antwort mindestens auf folgende vier Fragen verlangen:

1. Wie denkt sich die Deutschnationale Partei die weitere Finanzierung des Abwehrkampfes an der Ruhr?
2. Wie denkt sie sich die Gestaltung der deutschen Währung bei Fortsetzung dieser Finanzierung?
3. Wie denkt sie sich die Fortsetzung des passiven Widerstandes durch die Bevölkerung an Rhein und Ruhr unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden moralischen Symptombewertungen und wirtschaftlichen Voraussetzungen? Welche Mittelungen sind hierüber der Deutschnationalen Partei tatsächlich zugegangen?
4. Wenn der Kampf als machtpolitischer Kampf ausgetragen werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel?

Auf alle diese Fragen muß das deutsche Volk, wie gesagt, eine offene, ehrliche und rückhaltlose Antwort verlangen. Es ist notwendig, daß man auch in Bayern diese Fragen bis ins einzelne prüft, zumal Frankreich von Bayern ebenfalls ein Pfand beschlagnahmt hat in Gestalt der bayerischen Pfalz. Wir fürchten jedoch, offen gestanden, daß das deutsche Volk eine Antwort auf diese vier Fragen von der Deutschnationalen Partei nicht erhalten wird.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt dann weiter: Eine ähnliche Erklärung wie die deutschnationale wurde, den Zeitungsberichten zufolge, auch von einer Versammlung von hundert Vertretern der Vaterländischen Verbände nach einem Vortrag des früheren völksparteilichen Abgeordneten Weisler gehalten. Es ist an der Zeit, daß die Öffentlichkeit erfährt, wer hinter diesen vaterländischen Verbänden steht, und wie sich diese Berliner Versammlung zusammensetzte, d. h. ob hier die berufenen Vertreter der Vaterländischen Verbände aus dem ganzen Reich amwesend waren oder nur Berliner Mitglieder, die zufällig zusammengekommen sind. In jedem Falle gelten die oben gestellten vier Fragen auch für die Erklärung dieser Versammlung.

## Deutschlands Erfüllungswille

Dem Reichstag ist ein Weißbuch über die deutschen Angebote in der Wiederentwaffnungsfrage zugegangen. Es enthält die den Alliierten seit Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Wiederaufbaufrage im deutschen Text und in französischer und englischer Übersetzung. Das erste Angebot vom 29. Mai 1919 wurde durch die Mantelnote der Friedenskonferenz abgelehnt. Das Angebot vom 12. Juni 1920 in Spa sollte durch eine Prüfung durch eine Kommission in Genf erledigt werden. Diese Kommission hat niemals stattgefunden. Die deutschen Gegenentwürfe auf der Londoner Konferenz vom 1. März 1921 wurden am 3. März 1921 durch Lloyd George zurückgewiesen. Dasselbe Schicksal hatte das Angebot vom 7. März 1921 in London. Das Angebot von 60 Milliarden Goldmark vom 24. April 1921 wurde durch Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 3. Mai 1921 als eine für die alliierten Regierungen nicht annehmbare Verhandlungsgrundlage bezeichnet. Das in der Rede Rathenaus in der Reparationskommission vom 12. Januar 1922 gemachte Angebot blieb infolge des Abbruchs der Konferenz und des Beschlusses der Reparationskommission vom 13. Januar 1922 unberücksichtigt. Die Vorschläge vom 28. Januar 1922 wurden durch die Reparationskommission am 21. März 1922 in einer Art beantwortet, die dem deutschen Standpunkt nur ungenügend Rechnung trug. Der Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark vom 4. November 1922 und die Note der deutschen Regierung vom 8. November 1922 blieben ohne sachliche Antwort. Ein Angebot vom 14. November 1922 zur Wiederherstellung der deutschen Reparationsfähigkeit wurde abgelehnt, durch Note vom 26. Januar 1923 wurde das Londoner Ultimatum wieder in Kraft gesetzt. Das Angebot Cuno's an Vornar Law vom 9. Dezember 1922 wurde durch letzteren für nicht befriedigend erklärt. Das letzte Angebot vom 2. Mai 1923 nebst dem Memorandum vom 7. Juli 1923 sind bisher einer Antwort nicht gewürdigt worden. Ebenso sind von deutscher Seite ohne Erfolg Angebote über Angebot ergangen, an dem Wiederanbau der zerstörten Gebiete praktisch mitzuwirken.

## Die Ruhrpolitik Frankreichs

Wiesbaden, 20. Sept. Auf dem Bahnhof wurden Lohngebet für die Eisenbahner im Rheingau in Höhe von 300 Millionen Mark beschlagnahmt.

Köln, 20. Sept. In Koblenz ist eine Massenausweisung von Gewerkschaftsführern im Gange. Es handelt sich um fünf freigeberische und drei christliche Führer. Die Ausweisungen, die zum Teil bereits erfolgt sind, wurden angekündigt mit politischen Beweggründen. Da die Gewerkschaftsführer im passiven Widerstand die Führung hatten, so ist der Zweck dieser Ausweisungen klar.

Teiler, 19. Sept. Der Leiter der französischen Eisenbahngesellschaft suchte die Vorhände und leitenden Beamten der deutschen Eisenbahngesellschaft auf und eröffnete ihnen, daß in vierzehn Tagen die Sache für Deutschland verloren sei. Nur die leitenden Beamten werden in ihren Stellungen belassen, die vorher den Dienst bei der Regie ausgenommen hätten. Das Ultimatum wurde abgelehnt.

Büffel, 20. Sept. Der belgische Ministerrat verhandelte die gegen die annehmbaren Mörder des belgischen Leutnants Kraft ausgesprochene Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus.

## Sachsen und Thüringen

In Sachsen haben die Kommunisten mit ihrer Taktik der Ultimaten nun den Erfolg gehabt, daß die von ihnen geforderte Einberufung des Landtags für Anfang Oktober tatsächlich stattfindet und daß Interpellationen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion über die Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Organisationen auf der Tagesordnung einer der ersten Sitzungen stehen werden. Dr. Feigener und seine sächsischen Parteifreunde werden also in die parlamentarische Arena getrieben. Die Angelegenheit Geßler wird im Plenum nun erst gehörig breitetreten, wobei Dr. Feigener wahrscheinlich mit dem angeblich in seinem Besitz befindlichen Material gegen Dr. Geßler heranzukommen wird.

In Thüringen hat sich die Regierungskrise verschärft. Die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten haben trotz ihrer Ausdehnung mit einem Misserfolg und einer weiteren Verzögerung auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die

## Zur Aufklärung

unserer Postbezieher weisen wir darauf hin, daß sämtliche deutsche Zeitungsverlage den Bezugspreis für September schon am 3. August der Post mitteilen mußten. Damals konnte niemand den inzwischen eingetretenen Wertschwund der Papiermark ahnen. Die Folge ist heute, daß die durch die Post erhobenen Bezugspreise kaum für wenige Tage die Unkosten der Verlage decken, während jedoch die Fülle des Gebotenen auf der bisherigen Stufe bleiben soll.

Um dieses Verhältnis zwischen Einnahme und Leistung zu beseitigen, ist auch der Verlag der „Karlshuber Zeitung“ gezwungen, mit Genehmigung des Ministeriums des Innern von den Postbeziehern einen einmaligen Auswahlsbeitrag für September einzuziehen. Der Gesamtbetrag reicht annähernd an diejenige Summe hin, die die direkten Bezieher in wochenweisen Zahlungen geleistet haben; seine Kaufkraft ist freilich heute schon wieder stark vermindert. Unsere Postbezieher werden deshalb dringend gebeten, den Auswahlsbeitrag herbeizubringen; wir werden ihn in den nächsten Tagen durch Nachnahme erheben lassen, da dies für beide Teile der einfachste und kürzeste Weg ist.

## Verlag der „Karlshuber Zeitung“

Kommunistischen Vertreter forderten vor allem die Einberufung des Betriebsrätekonferenzen und die Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertkammern. Wenn die U.S.D. ihren ablehnenden Standpunkt nicht aufhebe, werde die A.S.D. die weiteren Folgen ziehen und der Landtagsauflösung zustimmen.

## Die österreichischen Erfahrungen im Sparen

In Meidendorf (Oberbayern) haben, wie aus Wien gemeldet wird, Besprechungen des österreichischen Sparungskommissars Dr. Hornig mit dem deutschen Sparkommissar Samsich, denen auch Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des preussischen und bayerischen Finanzministeriums, des Reichsbankens und der Reichsbahnen beizuwohnen, stattgefunden. Dr. Hornig wird in der nächsten Zeit nach Berlin kommen. Dem Wunsch der deutschen Vertreter entsprechend, legte der österreichische Sparungskommissar in erster Linie die Grundzüge des Abbaues des Staatsangehörigenapparates und ihre Durchführung dar, ferner den Abbau entbehrlicher Ämter, die Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung und die Sparmaßnahmen bei den Eisenbahnen. Die bisherigen Konferenzen haben ergeben, daß diese zur Sanierung der öffentlichen Verwaltung in Österreich getroffenen Verfügungen vielfach auch auf die deutschen Verhältnisse anwendbar sind. Auch die ungarische und die polnische Regierung sind an den österreichischen Sparungskommissar mit dem Erlauchen heranzutreten, eine eingehende Orientierung über den Beamtenabbau ihnen zur Verfügung zu stellen.

## Der spanischfreundliche spanische Diktator

Der neue spanische Diktator General Primo de Rivera hat einem Vertreter des „Reichs Posten“ gegenüber eine Erklärung abgegeben, in der er sich gegen die „Weschubdiquen“ wendet, germanophil zu sein, der er an der Spitze war, in Verdun und das Kreuz der Ehrenlegion trage. Man habe erzählt, daß er vor dem Kriege Freund des deutschen Militärliebes gewesen sei. Das sei wahr, aber man habe vergessen, hinzuzufügen, daß er vom 2. August 1914 ab sich geweigert habe, noch einmal mit ihm zusammen an einem Tisch zu sitzen. Er liebe Frankreich und die französischen Soldaten und habe die Sieger bei ihrem Siegeszug begrüßt. Die sehr starke Belohnung seiner Franzosenfreundlichkeit soll anscheinend den französischen Verdacht entkräften, daß die Militäraktion letzten Endes doch eine Spitze gegen die marokkanischen Pläne Frankreichs enthalte.

## Die griechische Sühne

Nach einer Sabasmeldung aus Athen ist Dienstag vormittag in der katholischen Kathedrale des Hl. Dionysos in Gegenwart sämtlicher Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps in Uniform ein feierlicher Gottesdienst zum Gedächtnis des Generals Tellini abgehalten worden. Gleichzeitig lief das interalliierte Geschwader in die Bucht von Salona ein. Es bestand aus den italienischen Kreuzern „Conte di Cavour“ und „Giulio Cesare“, einigen italienischen Torpedobootszerstörern und dem englischen leichten Kreuzer „Cardiff“ und dem französischen Kreuzer „Mouche“. Die italienischen, englischen und französischen Schiffe wurden nacheinander von der griechischen Flotte, bestehend aus den Kreuzern „Amorom“, „Lemnos“ und „Kyllis“, sowie vier Torpedobootszerstörern mit je 21 Schuss begrüßt. Nachdem dem Kommandanten dieses Geschwaders die Abhaltung des Requiem mitgeteilt worden war, entboten die alliierten Schiffe der griechischen Flotte den Salut und zogen sich zurück.

Wegen der italienischen Finanzpolitik herrscht in Belgrad große Erregung. Das dortige Blatt „Politica“ schreibt: Wir wissen nicht, wie der Diktator Italiens mit Tanager, wie er mit Korfu fertig werden wird. Wir wissen nicht, wann die tatsächliche Annexions-Finanz in eine rechtliche umgewandelt wird. Aber eines wissen wir, daß ein Tag kommen wird, wo man mit der Augenöffnung für die Öffentlichkeit aufhören müssen wird, wo das Spiel der Geschichte beginnt. Dieser Augenblick wird der unsere sein. Wir fühlen ihn kommen. Diesen Augenblick erwarten wir, wie wir ihn erwarteten mit der Türkei, Bulgarien und Österreich-Ungarn. „Crema“ bezeichnet die Ernennung eines italienischen Gouverneurs als die Vernichtung der letzten Spuren der Unabhängigkeit des Freistaates Fiume.

## Kurze Nachrichten

Eine Mahnung Hindenburgs an Bayern. Hindenburg, der vier Wochen in Oberbayern zur Erholung weilte, ist Mittwoch nachmittags nach München abgereist. Bei seinem Abschied sprach er dem Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände, Prof. Bauer, die dringende Mahnung aus, daß Bayern sich auf keinen Fall vom Reich trennen dürfe, auch nicht vorübergehend. Bayern dürfe nicht dergleichen, daß Preußen auch ihm in schlimmen Tagen geholfen habe. Es gelte Treue um Treue.

Cybs Abschied. Die Blättermeldungen, daß der General Ritter von Cybs in der hebräischen (bayerischen) Reichswehrdivision der Befreiung Meinhens von der Herrschaft der Besessenen, bereits der Weisung erhalten habe, sind noch nicht zutreffend. Der General hat bisher lediglich von seiner vorangehenden Dienststelle den Befehl erhalten, daß er nicht damit rechnen könne, Verwendung in einer höheren Stelle zu finden. Der General ist darauf in einer längeren Urlaub gegangen. Das Ausscheiden des Generals aus der Reichswehr hat lediglich einen verfassungsrechtlichen Grund, er steht nicht von der vorgeschriebenen Altersgrenze.

Nationalistische Ausschreitungen in Nürnberg. Mittwochabend versuchten in Nürnberg Mitglieder der nationalistischen Verbände ein Pöbel in der inneren Stadt, in dem fünf Franzosen abgestiegen waren, zu stürmen. Die Polizei mußte mit blanker Waffe den Platz räumen und die Franzosen in Schutzhaft nehmen. Die Franzosen sind Mitglieder der französischen Schularbeiterunion, die den Kampf gegen die Ruhr- u. Reparationspolitik in Frankreich mit am schärfsten führt. Sie kamen von dem internationalen Schularbeiterkongress in Prag und mußten wegen Zuspätkommen in Nürnberg Aufnahme nehmen. Während der Nacht wurden sie in einem A. der Reichswehr nach Ansbach verbracht, wo sie ihre Haft zu sehen konnten.

Die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der sozialdemokratischen Partei, muß mit Ablauf des Monats September aus finanziellen Gründen ihr Erscheinen einstellen. Der Schriftführer war 34 Jahre lang leitender Redakteur, bis er infolge der Parteispaltung durch Heinrich Cunow ersetzt wurde.

Das neue Mitglied der Saarregierung. Der Botschafter hat den kanadischen Major George Washington St. zum Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes ernannt. Er hat in Frankreich, Deutschland und der Schweiz studiert und war bisher Präsident der Gafentkommission von Montal. Er spielt eine bedeutende Rolle in dem Wirtschafts- und Finanzleben Kanadas.

Das Goldmarkaufgeld beträgt vom 22. bis 25. September d. J. 3 350 000 000 (1 350 000 000), eine Goldmark gleich 33,6 Millionen.

## Badische Uebersicht.

### Staatsminister a. D. Dr. Freiherr v. Dusch

Aus Nauren (Oberamt Böblingen) kommt die Nachricht, daß dort der frühere badische Ministerpräsident Dr. Alexander Freiherr von Dusch im Alter von 72 Jahren gestorben ist.

v. Dusch war als Sohn des 1889 verstorbenen badischen Kammerherrn und Geh. Rats Ferdinand Frhr. v. Dusch am 11. September 1851 in Karlsruhe geboren worden, wo er den größten Teil seiner Jugend verlebte und nach Beendigung seiner Studien 1874 in den badischen Staatsdienst trat. Er betätigte sich hierin zunächst in verschiedenen richterlichen Ämtern, arbeitete dann in dem damaligen Ministerium der Justiz und des Kultus und Unterrichts, zu dessen Präsident er 1901 ernannt wurde. Drei Jahre darauf erfolgte dann seine Ernennung zum Minister und ein Jahr darnach trat er an die Spitze des badischen Kabinetts, das er bis zu seinem am 23. September 1917 erfolgten Eintritt in den Ruhestand leitete. Sein Eintritt erfolgte damals nicht allein aus Gesundheitsrücksichten, sondern auch, weil er den in dem Kriegsjahr 1917 vom badischen Landtag, vor allem von den Sozialdemokraten, gestellten Forderungen abhold war. Der Entschlafene, dem die Universitäten Heidelberg und Freiburg die Ehrenbürgerwürde verliehen haben, besaß in besonderem Maße das Vertrauen der Großherzöge Friedrich I. und Friedrich II.

### Zur Lage in Oberbaden

Zur Lage in Oberbaden wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt:

In Freiburg kam es am Donnerstag vormittag zu großen Ansammlungen in der Nähe des Schwabentors. Als die Menge sich trotz wiederholter Aufforderung nicht gestreute, wurde ein kleines auswärtiges Polizeiaufgebot eingesetzt, das den Platz rasch säuberte. Dabei konnte naturgemäß angesichts der Tatsache, daß überwiegend geringe Polizeikräfte einer mehrtausendköpfigen Menge gegenüberstanden, nur ganz energisches Vorgehen Erfolg haben. Von der Waffe wurde kein Gebrauch gemacht. Bei der Räumung des Platzes wurden über 20 junge Menschen festgenommen, die zum Teil schon unter den Vortäusch Demonstranten beobachtet worden waren.

In Heidelberg fand am Donnerstag nachmittags trotz des Verbots der Regierung eine kommunistische Versammlung statt. Als der Aufforderung, das Lokal bzw. beim Verlassen den Platz vor dem Gebäude zu räumen, nicht entsprechen wurde, und ein Teil der Menge Widerstand zu leisten versuchte, griff Bereitschaftspolizei mit dem Gummihüpfel ein und gestreute die Ansammlung.

In Lössen herrschte gestern vollkommen Ruhe. Einigen jungen Leuten konnten wieder Waffen abgenommen werden.

Aus dem oberbadischen Kreisgebiet wird ferner mitgeteilt, daß in Schopfheim die Lebensmittelbetriebe im Gange sind, während im übrigen die Arbeit noch nicht voll aufgenommen ist. Das Kraftwerk Wippen ist zum Teil bereits wieder in Betrieb genommen.

### Zur Besetzung des Mannheimer Schlosses

Mannheim, 21. September. Nach den neuesten Meldungen wurde die Besetzung des Schlosses Mannheim durch die Besatzungsmächte in der Weise durchgeführt, wie wir erfahren, ist der Ausgang zu der im Schloss untergebrachten Staatsanwaltschaft ungeschädlich, während im übrigen der Verkehr nach dem Schloss mit Häfen geregelt wird. Das Finanzamt ist von den Franzosen geschlossen und besiegelt worden.

### Zahlungsmittelknappheit und Scheckverkehr

PA. Der vor kurzem eingetretene Mangel an Zahlungsmitteln, der nur unter großen Schwierigkeiten und mittels außerordentlicher Maßnahmen behoben werden konnte, hat nicht zuletzt seine Ursache darin, daß weite Kreise unserer Bevölkerung sich noch immer gegenüber dem bargeldlosen Zahlungsverkehr ablehnend verhalten. Namentlich auf dem Lande läßt sich beobachten, daß Erwerbskreise, die sich fast täglich der Banken, Spar- und Kreditkassen bedienen und für die bei diesen Instituten ein Konto geführt wird, auch bei unter den heutigen Entlohnungsverhältnissen als außerordentlich groß zu bezeichnenden Zahlungen auf Barzahlung bestehen. Welche ungeheure Summen an Zahlungsmitteln dadurch benötigt werden, ist ohne weiteres zu verstehen. Nach dem Geldumsatz eines einzigen Rief- oder Landesproduktmarktes zu urteilen. Es muß daher Sorge dafür getragen werden, daß sich eine Zahlungsmittelknappheit, wie wir sie mit ihren höchst misslichen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen vor kurzem hatten, nicht nur in geringem Umfang nicht mehr wiederholt. Die wichtigste Voraussetzung dafür aber ist, daß alle Bevölkerungskreise zum wenigsten soweit der bargeldlose Zahlungsverkehr sich bedienen, daß Schecks von persönlich bekannten Ausstellern angenommen werden. Würde dies allgemein bei Geschäften, vor allem aber auf dem Lande ungleich mehr als bisher geschehen, so wäre schon darin eine wesentliche Erleichterung in unserem Zahlungsmittelumlauf zu erblicken.

### Auskünfte in Steuerfragen

Die leitenden Beamten und Referenten der Steuerabteilung des Reichsfinanzministeriums sind aus Anlaß der neuen Steuererlasse in der letzten Zeit in einem Maße mit telephonischen, persönlichen und schriftlichen Anfragen überhäuft worden, daß die geordnete Fortführung der Geschäfte fast unmöglich wird. Bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit der gegenwärtigen Aufgaben werden die Steuerpflichtigen ersucht, sich nicht mehr unmittelbar an das Ministerium, sondern an die bereits mit allgemeinen Weisungen zu den einzelnen Steuererlassen versehenen Finanzämter zu wenden. Soweit grundsätzliche Fragen in Betracht kommen, werden sie bei den Landesfinanzämtern vorzubringen sein, die erforderlichenfalls an das Reichsfinanzministerium berichten werden. Ein solches Verhalten liegt auch allein im Interesse der Steuerpflichtigen selbst, da in den meisten Fällen ohne Bericht der örtlichen zuständigen Stelle doch nicht entschieden werden kann.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Schlüsselzahl des Badischen Einzelhandels vom 21. September betrug 5 400 000 (Vorjahr 5 460 000).

Nr. 59 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Staatsministeriums: Verbot von Versammlungen, Ansammlungen und Demonstrationen; des Ministers des Innern: Vornahme einer Viehzählung am 1. Oktober 1923; des Justizministers: die Kosten der Untersuchungsakten und des Vollzugs von Freiheitsstrafen.

Mannheim, 20. Sept. Die Gemeinde Oppau hat den Opfern der großen Explosionskatastrophe am 22. September 1921 ein Denkmal gewidmet, das voraussichtlich am 2. Jahrestage der Katastrophe enthüllt werden wird. Das Monument ist überlebensgroß, in Bronze hergestellt und charakterisiert den Schmerz der Betroffenen in treffender Weise. Der Entwurf stammt von dem herzoglichen Bildhauer Jean Paul Steinel, München, einem Meister Schüler Professor Hildebrandt. Jean Paul Steinel ist auch in unserer Gegend kein Unbekannter mehr. Von ihm befinden sich Werke auf dem hiesigen Friedhof, in den Kunsthallen Mannheim und Karlsruhe, sowie in der Universitätsbibliothek Heidelberg. Er ist geborener Heidelberger und stammt aus einer alten Mannheimer Familie.

Heidelberg, 18. Sept. Mit dem Demonstrationszug vom letzten Freitag beschäftigte sich eine Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre der sozialdemokratischen Partei. Stadtrat Meier rechnete, wie die „Volksztg.“ berichtet, in dieser Versammlung aus, daß die mit den Kommunisten ab und erklärte: Wir geben wöchentlich 80 Millionen für Arbeitslosen aus. 150 Arbeiter haben Arbeitslosigkeit im Sagenwort. Die Stadt hat für die Erwerbslosen noch Menschenmitleid gefordert. Auf Antrag der Partei und es Gewerkschaftsartells wurde beschlossen, zu der Reichsunterstützung (trotz Verbots) noch eine Unterstützung der Stadt zu gewähren und zwar die gleichen Sätze wie die Reichsunterstützung. Die Unterstützung beträgt nunmehr täglich für einen bedürftigen Mann mit zwei Kindern 28 Millionen Mark. Rechnet man bei 800 Erwerbslosen, die vorhanden sind, die tägliche städtische Unterstützung auf 22 Millionen Mark, so macht der tägliche Aufwand der Stadt 900 Millionen Mark. Trotz dieser Dinge ging man bei der kommunistischen Partei dazu über, die Erwerbslosen aufzusuchen. Ich schäme mich für die Arbeiterbewegung, daß sich die Arbeiterschaft hierzu hergab. In der letzten Stadtratssitzung wurde nun auf Antrag des Gewerkschaftsartells beschlossen, eine einmalige Beihilfe zu bezahlen. Es ist also nicht so, daß diese Beihilfe der Erfolg des kommunistischen Rummels war. Geht wird dieser Aufwand zunächst durch die Notendrucke der Stadt. Die Arbeiter in den badischen Betrieben hatten in der letzten Lohnwoche 114, ein Erwerbsloser erhält ab 12. September 168 Millionen. Selbstverständlich muß ein solcher Aufwand auch Deckung haben und so wurde beschlossen, die erst vor einigen Tagen erhöhte Umlage um weitere 100 Proz. zu erhöhen.

Achern, 19. Sept. Infolge Mangels an Aufträgen hat sich die hiesige Champagnerkorkfabrik geizungen gesehen, ihren Betrieb zu schließen. Die gesamten Arbeiter mußten entlassen werden.

Biberach, 20. Sept. Die Bürgermeistereiwahl ist hier ergebnislos verlaufen, da keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit erhielt. Baumunternehmer Hummelbach erhielt 188, Bauunternehmer Deger 144 und ein dritter Kandidat 30 Stimmen.

Freiburg, 19. Sept. Der Ertrag des Obstsertrages auf dem hiesigen Rieslaut ist in diesem Jahre in der Höhe von 11,4 Millionen Mark. Allerdings fällt die Obsterte auf dem reichlich gedüngten Boden fast jedes Jahr mehr oder weniger zufriedenstellend aus. In diesem Jahre ist ein dritter Bestand vorhanden, in diesem Jahre sogar eine Reifernte vorhanden. Bei den Obstversteigerungen werden ausschließlich nur Käufer

aus Freiburg und der Nachbargemeinde St. Georgen zugelassen, deren Einwohner den Vorzug mit den Stadtbewohnern deshalb genießen, weil das Rieslaut größtenteils auf der Gemarkung St. Georgen liegt. Ein Teil des Obstes wird von der Rieslautverwaltung selbst zu Most verarbeitet, teils zum Eigenbedarf, teils zum Verkauf.

Donauwörth, 19. Sept. Zu dem Brand in Wöhringen wird noch berichtet, daß im ganzen ca. 100 Personen obdachlos geworden sind, und zwar etwa der siebente Teil der Einwohnerschaft. Es handelt sich im großen und ganzen um kleine Landwirte und Arbeiter. Der Gebäudeschaden wird auf ca. 250 000 Goldmark Friedenswert geschätzt. Eine Hilfsaktion ist bereits durch das Bezirksamt Donauwörth eingeleitet. Der Fürst von Fürstberg stellte eine Million Mark zur Verfügung. Vom Erbsprinzenpaar wurde ein Wagen mit sechs aufgemachten Betten, Geschirr, Kleidungsstücken usw. entsandt. Auch die benachbarten Gemeinden haben sich bereits an der Hilfsaktion beteiligt durch Stiftung von mehreren Wagen Heu und Stroh. Der Schaden ist jedoch derart groß, daß es wohl einer größeren Hilfsaktion über die nähere Orts hinaus bedarf, um einigermassen Hilfe zu bringen. An Vieh sind neun Schweine, 8—9 Fiegen, 4 Stüd Strohvieh und sehr viel Federvieh in den Flammen umgekommen. Personen kamen außer einer Frau, die leichtere Brandwunden davontrug, nicht zu Schaden.

Vom Schwarzwald. Die diesjährige Hauptversammlung des Südschwabens wird aller Wahrscheinlichkeit nach am 22. und 23. d. M. in Freiburg abgehalten werden. Es soll dabei ein vollständiger Neuaufbau der Organisation zur Sprache kommen. Der langjährige Vorsitzende Professor Köhler hat nach 17-jähriger Sportarbeit der Hauptversammlung sein Amt zur Verfügung gestellt, auch der langjährige Vereinssekretär Dr. Gruber-Wab-Schaden will zurücktreten. Man will den Vereinsvorstand verkleinern. Auch die Angelegenheit des Sprungbühnen auf dem Feldberg wird einen wichtigen Punkt der Tagesordnung abgeben.

Vom Feldberg, 20. Sept. Am 19. d. M. fielen auf dem Feldberg die ersten Schneeflocken, ohne daß jedoch längere Zeit ihre Spuren auf dem Boden sichtbar geblieben wären. Später heiterte der Himmel auf.

Darmstadt, 20. Sept. Im Bäderstreik kam eine Einigung zustande. Die Stadtverwaltung bewilligt die Gegenseite haben dafür eine Anzahl von Bedingungen bezüglich der Stunden des Mehrpreises gemacht.

Tollmut. Die Tollmut hat im nördlichen und mittleren Teil Deutschlands sowie in Bayern bedrohliche Ausbreitung erlangt. Aus Mittel- und Unterfranken ist die Seuche vor kurzem nach Württemberg eingeschleppt und es sind bereits mehrere Personen von einem wutentzündeten Hund gebissen worden. Verleut sind gegenwärtig sechs Ortsteile des Bezirks Weingarten. Neben einer Anzahl Hunde, ist auch eine Kuh der Seuche zum Opfer gefallen. Da wutentzündete Hunde zu Anfang der Krankheit lange Strecken zurücklegen können und unterwegs angestrichene Menschen und Tiere zu beissen pflegen, so droht den Menschen und dem Tierbeständen eine ungeheure Gefahr, der mit allem Nachdruck zu begegnen ist.

Der Beschäftigungsgrad in der Schweiz. Während von Ende Juli bis Ende August die Zahl der gängigen Arbeitslosen in der Schweiz von 22 792 auf 22 554 zurückgegangen ist, hat die Zahl der teilweise Arbeitslosen im Monat August um 916 zugenommen, und zwar beträgt sie 13 507. Die Gesamtzahl der Betroffenen, gänzlich und teilweise Arbeitslose, ist im Laufe des Monats August von 35 314 auf 36 061, also um 747, gestiegen.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Karlsruher Festwoche

Am Samstag, den 22. September beginnt mit der Aufführung von Wolf Landners „Die Reise gegen Gott“ die im Zusammenhang mit der „Karlsruher Herbstwoche 1923“ veranstaltete „Festwoche des Badischen Landestheaters“. Dem folgt am Sonntag, den 23. September in vollständiger Neuausstattung und Neuinszenierung Heinrich Schöners große romantisch-herosische Oper „Der Tempel und die Jüdin“ in der Neubearbeitung von August Krieger und Fritz Cortolezis. Auf die erste Aufführung der Kantate „Von deutscher Seele“ von Hans Pfitzner in der Städtischen Festhalle am Montag, den 24. September darf als ein musikalisches Ereignis von ganz besonderer Bedeutung hingewiesen werden. Am Mittwoch, den 26. September geht Meixner romantische Oper „Euchantse“ in der diesjährigen Neuausstattung in Szene. Des weiteren folgen in der Oper noch zwei Wagner-Opern, nämlich am Freitag, den 28. September „Der fliegende Holländer“ und am Sonntag, den 30. September „Lohengrin“. Diesen schließt sich dann noch am Dienstag, den 2. Okt. Hans Pfitzners „Der arme Heinrich“ an, ein Musikdrama, das dem Gesamtcharakter der unter dem Titel „Deutsche Romantik“ zusammengefaßten musikal. Veranstaltungen der Theater-Festwoche in hohem Maße entspricht. — Das Schauspiel wiederholt am Montag, den 24. September Shakespeare's „Hamlet“; am Dienstag, den 25. September gelangt Goethes „Götz von Berlichingen“ zur dritten Aufführung; am Donnerstag, den 27. September erfolgt die erste Wiederholung des hier uraufgeführten Schauspiels „Die Reise gegen Gott“ von Wolf Landner. Sodann geht am Samstag, den 29. September Friedrich Hebbels Drama „Herodes und Mariamme“ als zweite Massifizierung-Neuausstattung dieses Spiels zum ersten Mal in Szene.

Das Schauspiel „Die Reise gegen Gott“ von Wolf Landner wurde jedoch von Max Reinhardt für seine neue Schauspielbühne in Wien erworben und wird als österreichische Aufführung mit Werner Kraus, Eugen Kipper und Helene Thimig in den Hauptrollen bald nach Eröffnung des Theaters in Szene gehen. Bei der hiesigen von Fritz Baumbach inszenierten Aufführung wirken die Damen Freudenborfer, Moeller, Würdhammer, Noorman und die Herren Baumbach, Würtner, Brand, Gummelt, Schäfer und von der Trend-Ulrici mit. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr.

Landestheater. In der am Sonntag, den 23. d. Mts. stattfindenden Aufführung der neu inszenierten romantischen Oper „Der Tempel und die Jüdin“ von Heinrich Schöner werden die beiden Hauptpartien des Tempels und der Jüdin Rebecca gesungen von Rudolf Wehrhahn und Lilla Freig. In den wichtigsten übrigen Partien sind beschäftigt die Herren Balde, Wiltner, Glah, Peters, Barth, Dr. Bucherpfennig. Die musikalische Leitung überreichte Carl Stana. Die Gestaltung der Bühnenbilder erfolgt nach Entwürfen von Direktor Emil Wurland, die Zusammenstellung der Kostüme durch Margarete Schellenberg.

Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923. In der deutschen Kunstausstellung am Festballplatz findet zur Eröffnung der Herbstwoche am nächsten Sonntag 11 Uhr eine Preis-

preisfeier statt. Das rühmlichst bekannte Soloblasor-Orchester des Bad. Landestheaters und die Klarinettenkapelle des Württembergischen Stadttheaters haben ihre Mitwirkung gütigst zugesagt. — Nachmittags 4 Uhr bringt das Künstlerpaar Meißner Pieder und Quette für Sopran und Tenor. Am Abend, Otto Somann. Dieser Feier wird der jugendliche Karl Huber mit Violine- und Friedrich Metz mit Harmonium-Vorträgen künstlerisch umrahmen. Der Besuch dieser Veranstaltungen kann nur bestens empfohlen werden. Ein Zuschlag zu den Tageskarten zur Befichtigung der Kunstausstellung findet zudem nicht statt.

Städtisches Orgelkonzert in der Festhalle. Mit Bezug auf die Verordnung des Staatsministeriums vom 19. d. Mts. betr. den Schutz der öffentlichen Ordnung wird mitgeteilt, daß das heute Freitag abend 8 1/2 Uhr in der Festhalle anlässlich der Eröffnung der Karlsruher Herbstwoche vorgesehene städtische Orgelkonzert bestimmt stattfinden wird. Soweit es durch diese Verordnung berührt wird, ist die Genehmigung zu seiner Abhaltung erteilt. — Der Vorverkauf ist ein recht guter, jedoch mit einem starken Besuch des hohen künstlerischen Genusses bietenden Konzerts gerechnet werden kann. Abendkarten sind in der Festhalle eingerichtet.

Straßenbahn. Ab heute Freitag kostet die kürzeste Strecke auf der hiesigen Straßenbahn 3 Millionen Mark.

Betriebsstilllegung. Die Firma Saib & Neu hat ab heute ihren Betrieb geschlossen, nachdem Lohnverhandlungen mit der Arbeiterschaft gescheitert sind.

Ein Fernbrief 2 Millionen Mark! Als Folge des Währungszerfalls ist zum 1. Oktober eine neue erhebliche Erhöhung der Postgebühren zu erwarten. Das Preisporto für einen Fernbrief wird voraussichtlich 2 Millionen Mark betragen.

Einkommensteuermarken. Die Reichsdruckerei hat mit der Verwendung von Einkommensteuermarken zu 200 000, 500 000 und 1 Million Mark begonnen. Die Marken sind auf welchem Bierpapierwasserzeichen-Papier im Waasser der Marken zu 100 000 Mark hergestellt und zwar der Untergrund im Wuchdruck, der Markenstempel im Offsetdruck. Die Farbe der Marken sind folgende: der Unterdruck ist bei den drei Marken hellbraun, der Markenstempel ist bei 200 000 Mark braun, bei 500 000 Mark rotviolett, bei 1 Million Mark gelb.

Freiwillige Feuerwehr. In der richtigen Voraussetzung, daß nicht alle Körpersmitglieder den deutschen Feuerwehrtag in München besuchen konnten, hielten die Adjutanten Schönbauer und Pörr in der 1. und 2. Kompanie interessante Vorträge über den 19. deutschen Feuerwehrtag in München. Ausgehend von der Entwicklung des Feuerlöschwesens in Deutschland, schilderten die Referenten die Gründe der langsamen Entwicklung des Löschwesens, obwohl bereits im Jahre 1841 in Meiningen die erste Feuerwehr gegründet worden sei. Im Verlaufe von 10 Jahren entstanden in Deutschland 27 freiwillige Feuerwehren und eine Berufsfeuerwehr, darunter auch Durlach, wobei auch der Name Hengst und Metz gedacht sei. Trotz des langen Bestehens der gegründeten Feuerwehren, vergingen 12 Jahre, bis eine Feuerwehrtagung stattfand, nämlich am 10. Juli 1853 in Klotzingen, an welcher sich 10 Feuerwehren, und zwar nur Württemberger, beteiligten. Der nächste Feuerwehrtag mit einer Teilnahme von 20 Wehren fand in Ulm im Jahre 1864 statt. Später mit dem weiteren Anwachsen der Körpers entstanden die einzelnen Landesverbände. Im Jahre 1867 fand bereits in Karlsruhe ein deutscher Feuerwehrtag statt, der von 38 Wehren besucht war. Mit dem im Jahre 1885 in Leipzig stattgefundenen Feuerwehrtag, der bereits von 211 Wehren besucht war, war die erste Ausstellung von Feuerlösch- und Rettungsgeräten verbunden. Hieran anschließend verbreiteten sich die Referenten über den Verlauf des 19. deutschen Feuerwehrtages. Einen breiten Rahmen nahm die Besprechung der großartig angelegten Übung ein, die hier Gesehene verdienen Anerkennung. Hier arbeitete neben der Berufsfeuerwehr auch die gut organisierte freiwillige Feuerwehr. Diese Übung war ein erhebendes Schauspiel. Alles Klappte tadellos. Mit dieser Übung war auch eine solche der Sanitätsmannschaften verbunden, die ebenfalls nichts gekünsteltes war, sondern der Wirklichkeit voll und ganz entsprach. Auch die Ausstellung zogen die beiden Referenten in den Kreis ihrer Betrachtungen. Im Ausstellungspalast führten die sechs Automobilstationen der Münchener Freiwilligen Feuerwehr Geräteübungen in verschiedenen Formen vor. Dem Bericht über die mit der Tagung verbundene Hauptversammlung war folgendes zu entnehmen: Der Reichsverband umfaßt 22 422 Feuerwehren, und zwar 16 336 freiwillige, 6064 Fabrik- und Industriefeuerwehren, sowie 22 Berufsfeuerwehren, mit einem Mannschaftsstand von 1 180 870 Mann. Der nächste deutsche Feuerwehrtag findet 1928 in Breslau statt. Den Schluß der Referate bildete ein Resümee über die Ausrichtung der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr in guten Händen sich befindet. Reicher Beifall wurde den Referenten für ihre interessantesten Ausführungen zu teil. Bei der 2. Kompanie war am Montag abend bei ihrer Kompanieverammlung im goldenen Adler eine größere Abteilung der Musikkapelle des Musikvereins anwesend, und erfreute die Anwesenden durch den Vortrag verschiedener Piecen. Dem Dirigenten Herrn Lutz gebührt Dank und Anerkennung. Humorist Müller erfreute die Anwesenden durch seine Vorträge.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen am 21. September vorbörslich

	21. September	Amst. Devisen Kurs v. 20. Sept.	Amst. Devisen Kurs v. 20. Sept.
Amsterdam	43 000 000	71 221 500.-	71 578 500.-
Kopenhagen	19 900 000	32 917 500.-	33 082 500.-
London	4 800 000	8 079 750.-	8 120 250.-
Paris	500 000 000	822 937 500.-	827 062 500.-
Neuyork	110 000 000	181 545 000.-	182 453 000.-
Schwiz	6 500 000	10 773 000.-	10 827 000.-
Brag	19 500 000	32 119 500.-	32 280 500.-
	3 200 000	5 446 250.-	5 478 650.-

Die Entschädigungen im Reich für Anfang August ergaben (in Millionen Doppelcenten): für Winterweizen 24,2, für Sommerweizen 3,9, für Winterroggen 70,7, für Sommerroggen 1,07, für Wintergerste 2,12, für Sommergerste 2,6 und für Hafer 59,7. Damit wird die Augustschätzung 1923 nicht unbedeutend übertroffen.

### Verschiedenes.

#### Droschken mit Menschenkraft

Sind das Neueste, was die hohen Droschkenbetriebskosten den Berlinern besparen werden. Eine Firma in Berlin will etwa zum halben Pferdepreisdienstleistungen Dreieräder, die mit Menschenkraft

schontrant bewegt werden, zur Beförderung von ein bis zwei Personen einstellen — also etwas ähnliches, wie die Lifts in Japan. Die Schnelligkeit würde mit 8 bis 10 Kilometer in der Stunde der der Pferdetrochsen entsprechen. Der Platz, der in sozialer Hinsicht einseitig berührt, wird weiter verfolgt. — In Berlin wird die Zahl der Trochsen, und zwar der Autos wie der Pferdetrochsen, auf die Hälfte herabgesetzt, da die Benutzung sehr zurückgegangen ist. Die Trochsen mit gerader Nummer fahren an Tagen mit geradem Datum und die Trochsen mit ungeraden Nummern an ungeraden Tagen.

Eine Schwester Mengers — Reinmachefrau.

In einem Aufsatz über die geistigen Räte unserer Tage in der Wiener „N. Fr. Pr.“ erwähnt Leonhard Adelt, daß es Beispiel und Sinnbild sei, wenn sich in Berlin die alte Schwester Wolf v. Mengers, die deutschen Museen mit dem Nachlaß ihres Bruders Millardenerwerte schenkte, mit ihrem alten treuen Diensthofen um die Wette als Reinmachefrau durchschlagen muß.

### Staatsanzeiger.

**Bekanntmachung.**  
Das Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika. Der zum Vizekonsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Maurice W. Kistner wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 20. September 1923.  
Badisches Staatsministerium.  
Remmelé.

**Bekanntmachung.**  
Das Kaiserlich Persische Generalkonsulat in München. Der zum Kaiserlich Persischen Honorar-Generalkonsul in München ernannte Herr Karl Mayer wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.  
Karlsruhe, den 20. September 1923.  
Badisches Staatsministerium.  
Remmelé.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.  
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.  
Zurückgesetzt:  
Oberlehrer Friedrich Reimuth in Wenzingen auf Ansuchen.  
Katholischer Oberstiftungsrat  
Zurückgesetzt:  
Finanzinspektor Maximilian Dösch auf Ansuchen.  
Ministerium der Finanzen.  
Forstabteilung.  
Zurückgesetzt auf Ansuchen:  
Forstmeister Wilhelm Freiburger in Schrechingen.

# Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft  
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

**Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.**  
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201  
Telegramm-Adresse: Landmaschine.  
**Großhandlung landwirtsch. Maschinen**  
Generalvertreter der  
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Suckau für deren  
**Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.**  
Beste und billigste Bezugsquelle.

**Spony Harder**  
Maschinenfabrik A. G. Lübeck  
SPEZIALFABRIK FÜR KARTOFFELKULTURGERÄTE  
**Kartoffel-Erntemaschine**  
**Harder's Unerreicht**  
Patent Schutz  
  
Auf Vorrat arbeitend.  
Verkaufsbüro Köhler & Sommer Karlsruhe

**Gebr. Wülker**  
Teleph. 573 Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64  
  
Alleinvertreter der Firma Heinrich Lanz, Mannheim, Abt. A

**Die Oberflächenformen des nördlichen Schwarzwaldes**  
Von Dr. HEINRICH SCHMITTHENNER  
Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel. Grundpreis 3,40 M.  
Inhalt: Einleitung. — I. Die Vorgänge der Verwitterung. — II. Die Entstehung der Hochflächen. — III. Die Täler. — IV. Die glazialen Formen. Rückblick und Zusammenfassung.  
**Studien zur Talgeschichte der großen Wiese im Schwarzwald**  
Von Dr. BERNHARD BRANDT  
Mit 2 Karten und 3 Tafeln. Grundpreis 2,70 M.  
„Die Arbeit ist als guter Beitrag zur Geschichte des südlichen Schwarzwaldes zu begrüßen.“ (Petermanns Geogr. Mitteilg.)  
Grundpreis x Schlüsselzahl des Buchhandels.  
Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

**K. Ertel, Karlsruhe**  
45 Kaiserallee 45  
Landwirtschaftliche Maschinen aller Art  
Spezialität in Milchseparatoren  
Reparaturen  
Beförderung von Ernteteilen zu Zentrifugen  
und Maschinen aller Systeme  
Anfertigung von Haus-, Hof-,  
Straßen- u. Flügelpumpen etc.  
Herde Öfen

Beste, handhabungssichere  
**SPRENGSTOFFE**  
Sprengkapseln und Zündschnüre  
zum Sprengen von Baumstümpfen  
**Pulverfabrik Ettlingen (Baden)**  
Telephon Nr. 8

**Franz Haniel & Cie., G. m. b. H. Karlsruhe**  
Kaiserstr. 231 // Groß- und Kleinverkauf // Fernruf 4855  
Abteilung Kohlen:  
Kohlen, Koks, Briketts, deutscher u. ausländ. Herkunft  
Abteilung Düngemittel:  
Schwefels, Ammoniak, kohlen. Düngekalk,  
Ammonsulfat, Kalisalze, Thomasmehl

**Fahrräder : Nähmaschinen**  
Herde :: Zubehörteile :: Ofen  
Liefen in erstklassigen Marken und Ausführungen  
**Metz & Marx, Karlsruhe**  
Kreuzstraße 31 Telefon 31

**Badisches Landestheater.**  
Spielplan vom 22.—30. September.  
Im Landestheater. Sa. 22.\* Abonn. E 2. Uraufführung: Die Reise gegen Gott. Schauspiel in 3 Akten von Rolf Lauckner. 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4401—4800. — So. 23. Neu einstudiert u. in neuer Inszenierung: Der Tempel und die Jüdin. 6. (Sp. I 6.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—500. Mo. 24.\* Abonn. A 3. Hamlet. 6 1/2. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4901—5300. Die. 25.\* Abonn. C 3. Götz von Berlichingen. 6 1/2. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5301—5800. Mi. 26.\* Abonn. F 2. Euryanthe. 6 1/2. (Sp. I 5.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5951—6400. Do. 27.\* Abonn. D 3. Die Reise gegen Gott. 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6401—6900. Fr. 28.\* Abonn. G 2. Der fliegende Holländer. 7. (Sp. I 5.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6901—7300. Sa. 29.\* Abonn. B 3. Neu einstudiert. Herodes und Mariamme. 7. (Sp. I 3.50.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—900. So. 30.\* Lothengrin. 5 1/2. (Sp. I 6.00.) Zu dieser Vorstellung beginnt der Vorverkauf am Donnerstag, den 27., vormittags für Vorzugskartenehaber und Abonnenten, nachmittags für das allgemeine Publikum. — Mo. 1. X. Volksbühne. I. Hamlet. 7. (Sp. I 3.50.) Die. 2.\* Abonn. E 3. Der arme Heinrich. 7. (Sp. I 5.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200, 7301—7500.  
Im Konzerthaus. So. 23.\* Die verlorene Tochter. 7. (Park. I 2.50.) — Mi. 26. Fr. 28. Die. 2. jeweils Volksbühne. H 3, H 4, H 5. Bürger Schippel. 7. — So. 30.\* Die verlorene Tochter. 7. (Park. I 2.50.)  
In der Festhalle. Mo. 24. Zum erstenmale: Von deutscher Seele. Romantische Cantate in 2 Teilen für 4 Solostimmen, gemischten Chor und großes Orchester. Dichtung von Joseph von Eichendorff. Musik von Hans Pfitzner. Dirigent: Fritz Cortelozis. 7 1/2. (Saal I 5.00.) Schlüsselzahl der Eintrittspreise vorbehalten.  
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 22., nachmittags 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 24. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr). B.562

**Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe**  
Sonntag 11 Uhr: MORGENFEIER  
Kammermusik für Bläser vom Landestheater  
Kämpfe, Binnemann, Hoffmann, Kraft, Wenk, Somann, Gierschner, Gebhard  
Lieder für Sopran / Lia Weidt vom Berner Stadttheater  
nachmittags 4 Uhr:  
Lieder für Sopran u. Tenor / Duette: Marie u. Friedr. Meißner  
Karl Huber: Violine Harmonium: Frdr. Merz  
Am Flügel: Otto Somann / Flügel und Harmonium von Hch. Maurer  
Kein Zuschlag zu den Tageskarten B.805

**Badisches Landestheater.**  
Samstag, 22. Sept. 7 u. n. 9 1/2 Uhr. Sp. I 3.50 M.  
Abonn. E 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4401—4800.  
Uraufführung:  
**Die Reise gegen Gott**  
Schauspiel in 3 Akten von Rolf Lauckner.

**Goldumrechnungsjahr für Landabgabe**  
für die Zeit vom 22. bis 25. September einschließlich beträgt Dreißigdreimillionenschunderttausend.  
Karlsruhe, den 20. September 1923. L.870  
Finanzamt — Stadt und Land.

**Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe**  
Karlsruhe in Baden  
Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu der Donnerstag, den 18. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr in den Geschäftsräumen unserer Fabrik, Karlsruhe, Walsstraße 1, stattfindenden  
**71. ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.  
Tagesordnung:  
1. Vorlage der Jahresrechnung und Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates.  
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.  
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.  
4. Vorlage von Interessengemeinschaftsverträgen.  
5. Aufsichtsratswahl.  
Die Besitzer von Inhaberkartellen, welche an der ordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien bis spätestens  
Donnerstag, den 11. Oktober 1923  
während der Geschäftsstunden bei unserer Kasse, oder bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, oder bei Sal. Oppenheim jun. & Cie., Köln a. Rhein, oder bei der Direktion der Discontogesellschaft, Frankfurt a. M. und bei der Direktion der Discontogesellschaft, Berlin, oder bei einem deutschen Notar zu hinterlegen. B.808.  
Karlsruhe, den 20. September 1923.  
Der Vorstand:  
Dr. Döderlein, Brunigk, L. Gönold

**Nationalkassen** beide Nummern erbet., fauft Bäger, Berlin, Potsdamerstraße 38. 2554  
Auf Grund des Betriebsratsbeschlusses wurde Herr Karl Herzer, Baubeamter in Mannheim, in den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft gewählt. Herr Prof. Dr. Georg Müller ist aus dem Betriebsrat und damit zugleich aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. B.801  
Mannheim, 20. Sept. 1923.

**Rheinische Hypothekbank.**  
Der Vorstand.  
Zu kaufen gesucht  
**PIANO**  
schwarz, gebraucht, aber gut erhalten. Angeb. unter B.804 a. d. Exp. d. K. Ztg.

**Tarifserhöhung.**  
Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde werden am 22. September 1923 die Fahrpreise bei der Albtalbahn und im Verkehr zwischen dieser und der Stadt. Straßenbahn Karlsruhe erhöht. Am 25. September 1923 tritt vorläufiglich bei allen unseren Nebenbahnen eine Tarifierhöhung in allen Verkehrsweigen in Kraft. Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro. B.808  
Karlsruhe, 20. Sept. 1923.  
Ab. Lokalfestbahnen, U. G.